

## 10 Thesen für eine progressive Krisenpolitik

*Die wechselseitig miteinander verflochtenen Krisen reichen vom russischen Angriffskrieg über Pandemie, Energie- und Klimakrise, Inflation und Nahrungsmittelkrise bis hin zu einer sich abzeichnenden Rezession. Diese Krisen finden nicht nur gleichzeitig statt, sondern sie verstärken sich auch gegenseitig. Sie führen so zu extremer Komplexität und Unsicherheit. Um mit Fortschritt aus der Poly-Krise zu kommen, braucht es kluge politische Führung, eine aufgeklärte Öffentlichkeit und eine resiliente Zivilgesellschaft.*

*Anlässlich des Politischen Symposiums "Mit Fortschritt aus der Krise - Die gerechte Transformation unter neuen geopolitischen Bedingungen" haben wir als Progressives Zentrum 10 Thesen für eine progressive Krisenpolitik aufgestellt.*

### **These 1: Langen Atem beweisen und strategische Vorausschau stärken**

Wir stehen erst am Anfang von tiefgreifenden Umwälzungen unseres Wirtschaftssystems. Die Klimakrise wird uns zu Anpassungen in der Energieversorgung, in der Mobilität, dem Konsum und unseren Lebensweisen zwingen. Eine bessere strategische Vorausschau wird notwendig sein, um die wichtigsten Herausforderungen frühzeitig zu erkennen und vorbereitende Maßnahmen zu ergreifen.

### **These 2: Führen heißt jetzt vor allem: zusammenführen**

Die aktuelle Poly-Krise bietet ein Gelegenheitsfenster, das die Bundesregierung nutzen sollte, um die eigene Rolle in Europa, aber auch darüber hinaus, neu zu definieren. "Zusammenführen und zusammen führen", so beschreibt Bundeskanzler Scholz das eigene Selbstverständnis. Um dem gerecht zu werden, muss Deutschland Zuhause und im Ausland Zusammenhalt stärken und Vertrauen stiften – insbesondere bei den osteuropäischen Partnern ist das noch ein weiter Weg.

### **These 3: Durch akutes Krisenmanagement zugleich langfristige Weichenstellungen unterstützen**

Progressive Krisenpolitik hat nicht den Anspruch, den Status quo ante wiederherzustellen, sondern mit Fortschritt aus der Krise zu kommen. Dafür ist es zwingend notwendig, dass die Aufmerksamkeit für das kurzfristig Dringliche nicht den Blick auf das langfristig Wichtige verstellt. Idealerweise werden die akuten Probleme so

gelöst, dass sie zu nachhaltiger Politik beitragen. Ein Beispiel für eine verpasste Chance vorausschauender Krisenpolitik ist das Versäumnis, den Staat schon während der Pandemie in die Lage zu versetzen, einzelnen Haushalten gezielt und schnell Geld zu überweisen.

## **These 4: Stabilisierung des Energiemarktes und Ausbau der Erneuerbaren europäisch angehen**

Die Energiedebatte wird in Deutschland häufig zu national geführt. Deutschland wird die eigenen Bedarfe auch in Zukunft nicht selbst decken können. Gerade vor dem Hintergrund, dass der Strombedarf mit der Transformation der Industrie weiter steigen wird, ist europäische Zusammenarbeit bei den Erneuerbaren und Wasserstoff entscheidend – auch wenn das Kompetenzabgaben an die EU bedeutet.

## **These 5: Wirtschaftspolitische Souveränität durch kluge Diversifizierung**

Während der russische Angriffskrieg Deutschland vor Augen geführt hat, dass das eigene Wirtschaftsmodell zu massiven Vulnerabilitäten führt, befinden sich beispielsweise die deutschen Investitionen in den chinesischen Markt auf Rekordniveau. Was bedeutet vor diesem Hintergrund das Leitmotiv der "wirtschaftspolitischen Souveränität"? Sicherlich kann es nicht bedeuten, dass keinerlei Interdependenzen mit autokratischen Regimen bestehen dürfen. Vernünftiger scheint die Leitlinie, dass Vulnerabilitäten gegenüber potenziell feindlichen Staaten minimiert werden müssen. Die richtige Strategie dafür ist nicht Entkopplung, sondern kluge Diversifizierung auf der Basis geteilter Interessen.

## **These 6: Ein aktive Industriepolitik entwickeln**

Wir erleben gerade das Primat der Politik und die Wiederkehr des Staates sowie neue Chancen für eine handlungsfähige EU. Der Staat sollte nun eine aktive industriepolitische Rolle in der Sicherung von Schlüssel- und Zukunftsindustrien einnehmen – von Batterieproduktion über Halbleiter und erneuerbare Energien bis hin zur gemeinsamen Beschaffung in der EU-Rüstungspolitik. Der EU und Deutschland mangelt es jedoch bislang an einer übergreifenden Industriestrategie.

## **These 7: Zielgerichtet entlasten statt Gießkanne**

Es müssen diejenigen unterstützt werden, die am stärksten von der Krise betroffen sind. Die bisherigen Entlastungspakete adressieren jedoch auch die obere Mittelschicht und Reiche. Zukünftige Maßnahmen sollten sich noch stärker auf untere Einkommensschichten konzentrieren. Direktzahlungen sind dafür das am besten geeignete Mittel. In den Preismechanismus sollte nur eingegriffen werden, wenn

sichergestellt ist, dass die Preissignale dadurch nicht in einem Maße verzerrt werden, das Einsparungen bei Strom und Gas entgegenwirkt.

## **These 8: Neue Mittel für den Staat organisieren**

Entlastungspakete für Bürger:innen, Stützungsprogramme für Unternehmen, Investitionen in den Ausbau erneuerbarer Energien – auf den Staat kommen massive Mehrausgaben zu. Es müssen entweder die Schuldenregeln gelockert oder die Staatseinnahmen erhöht werden, beispielsweise durch Finanztransaktionssteuer, Vermögensabgabe oder Erbschaftssteuer. Letztere würden auch die zunehmenden Vermögensungleichheiten adressieren. Außerdem gilt es, private Investitionen in Klimaschutz und Digitalisierung zu fördern.

## **These 9: Führung bedeutet Zumutungen plausibel machen**

Die Pandemie und die aktuelle Gaskrise zeigen: Krisenpolitik bedeutet Zumutung. In Zeiten der Knappheit kann es Politik nicht allen recht machen. Sie muss stattdessen klar priorisieren, effizient sein und darf sich nicht von Dogmen leiten lassen, die der Wirklichkeit nicht mehr standhalten. Gute Führung bedeutet auch, unpopuläre Entscheidungen zu treffen und diese vor der eigenen Partei und den Bürgern und Bürgerinnen zu begründen.

## **These 10: Fortschritt durch Pragmatismus – Koalitionsvertrag auf die Höhe der Zeit bringen**

Unter den Bedingungen der Poly-Krise ist das politische Krisenmanagement mit höchst anspruchsvollen Erwartungen konfrontiert. Die Milderung der einen Krise darf eine andere nicht befeuern. Maßnahmen müssen unter Zeitdruck und Unsicherheit getroffen werden, sollten aber möglichst fehlerfrei sein. Die Krisen verlangen allen gesellschaftlichen Gruppen etwas ab, aber nicht alle Kriseneffekte können finanziell vom Staat abgedeckt werden. Für eine gute Krisenpolitik scheint "Fortschritt durch Pragmatismus" ein angemessener Leitspruch zu sein. Dazu bietet der bestehende Koalitionsvertrag gegenwärtig keine hinreichende Grundlage. Deshalb sollte er durch eine pragmatisch begründete Ergänzung erneuert und auf die Höhe der Zeit gebracht werden. Wenn die Koalition eine Perspektive über die Krisen hinaus anbieten kann, steigen ihre Chancen, sich gegenüber den Herausforderungen des Pessimismus und Populismus behaupten und Führung beanspruchen zu können.

*Berlin, den 12. September 2022*

## IMPRESSUM

© Das Progressive Zentrum e.V., 2022

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten von Das Progressive Zentrum auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

Das Progressive Zentrum e.V. Werftstraße 3 | 10557 Berlin

+49 (0)30 / 400 542 55

[mail@progressives-zentrum.org](mailto:mail@progressives-zentrum.org)

*V.i.S.d.P.: Dominic Schwickert*

*Vorsitzende: Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, Judith Siller, Joachim Knodt*

*Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats: Prof. Dr. Anke Hassel*

*Geschäftsführer: Dominic Schwickert*

Vereinsregisternummer VR 26965 B Amtsgericht Charlottenburg in Berlin